Deutscher Bundestag **Drucksache 18/12684**

18. Wahlperiode 07.06.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Sportausschusses (5. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Özcan Mutlu, Monika Lazar, Anja Hajduk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/10981 –

Konzept zur Spitzensportreform grundlegend überarbeiten – Beteiligungsrechte für Athletinnen und Athleten verankern

A. Problem

Das Bundesministerium des Innern (BMI), die Sportministerkonferenz (SMK) und der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) haben am 24. November 2016 in Berlin ein gemeinsames Konzept zur „Neustrukturierung des Leistungssports und der Spitzensportförderung“ vorgelegt. Aus Sicht der den Antrag einbringenden Fraktion ist dieses Konzept nicht überzeugend. Es bestehe dringender Nachbesserungsbedarf, um Verbesserungen im Spitzensportsystem der Sportlerinnen und Sportler mit und ohne Behinderung zu erreichen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrages.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/10981 abzulehnen.

Berlin, den 31. Mai 2017

Der Sportausschuss

Dagmar Freitag
Vorsitzende

Dr. Frank Steffel
Berichterstatter

Michaela Engelmeier
Berichterstatterin

Dr. André Hahn
Berichterstatter

Özcan Mutlu
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Dr. Frank Steffel, Michaela Engelmeier, Dr. André Hahn und Özcan Mutlu

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 18/10981** in seiner 234. Sitzung am 18. Mai 2017 beraten und an den Sportausschuss zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss und an den Verteidigungsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag tragende Fraktion stellt u.a. die folgenden Forderungen an die Bundesregierung:

- Vom bisherigen Ziel der Medaillenmaximierung soll abgesehen werden. Eine breite gesellschaftliche Debatte ist anzustoßen, um gemeinsame Ziele und verbindliche Maßnahmen für eine langfristig ausgerichtete, moderne Entwicklung des Spitzensports und Breitensports zu vereinbaren.
- Athletinnen und Athleten sowie Trainerinnen und Trainer sind in den Mittelpunkt der Spitzensportförderung zu stellen.
- In den neuen Förder- und Entscheidungsgremien von Sport und Staat sollen Beteiligungs- und Mitspracherechte der Athletinnen und Athleten gesichert werden.
- Möglichkeiten für eine Duale Karriere von Athletinnen und Athleten im Hinblick auf Ausbildung, Beruf und Studium sollen deutlich verbessert werden.
- Um die berufliche Situation für Trainerinnen und Trainer nachhaltig zu verbessern, sollen bessere Rahmenbedingungen und Fördermöglichkeiten für Vereine, Verbände und Stützpunkte zur Verfügung gestellt werden.
- Für die staatliche Sportförderung soll ein Transparenzportal eingerichtet werden.
- In einen Katalog der Förderkriterien sollen insbesondere die Breitensportwirkung und Mitgliederzahl in den Verbänden, die internationale Bedeutung und Verbreitung der Sportart, glaubwürdige Maßnahmen gegen Doping, Korruption, Spielmanipulationen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Präventionsmaßnahmen gegen sexualisierte, physische und psychische Gewalt sowie ein Eintreten für einen umweltverträglichen Sport aufgenommen werden.
- Zur Bürokratieentlastung für Verbände, Stützpunkte und Leistungssportpersonal sollen zuwendungsrechtliche Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Die Einführung von Wettbewerbskomponenten in der Sportförderung, insbesondere zur Verbesserung der medizinischen und beruflichen Betreuung von Athletinnen und Athleten in Verbänden und an Stützpunkten, soll geprüft werden.
- Eine Evaluation der Olympiastützpunkte (OSP) und Bundesstützpunkte soll durchgeführt werden. Die Ergebnisse sollen in die Entscheidung über eine Reduzierung der Anzahl der OSPs einfließen, die Kriterien für eine Schließung von Bundesstützpunkten sind offen zu legen.
- Die finanzielle Förderung der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) und der Nationalen Anti Doping Agentur (NADA) ist zu erhöhen. Deren Unabhängigkeit soll vorangetrieben werden, um insbesondere die Untersuchungen über Dopingbetrug in einzelnen Staaten und in Sportverbänden voranzubringen und Maßnahmen im Bereich der Dopinganalytik, Anti-Doping-Forschung und Dopingprävention besser zu unterstützen. Dies dient den Wettbewerbschancen von sauberen Athletinnen und Athleten.

– In Abstimmung mit anderen Staaten sind wirksame und dauerhafte Maßnahmen und Anstrengungen von Seiten des Sports gegen Korruption, Doping und Manipulation im Sport einzufordern. Auf einen glaubwürdigen strukturellen und personellen Neuanfang in den Organisationen und Verbänden des Sports, der auch mit besonderer Förderung von Frauen in Führungsgremien einhergeht, ist zu bestehen.

Zu den Forderungen im Einzelnen und zur Begründung wird auf die Drucksache 18/10981 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage 18/10981 in seiner 107. Sitzung am 31. Mai 2017 beraten und empfiehlt Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage 18/10981 in seiner 93. Sitzung am 31. Mai 2017 beraten und empfiehlt Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Sportausschuss** hat die Vorlage in seiner 70. Sitzung am 31. Mai 2017 beraten und empfiehlt Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dass die Diskussion des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN viele inhaltliche Schwächen und handwerkliche Fehler erkennen lassen habe. So seien beispielsweise viele Kritik- bzw. Forderungspunkte längst überholt oder völlig unbegründet. Offenbar bestünden weiterhin grundsätzliche Missverständnisse bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezüglich der Reform: Demnach stehe die Potentialanalysekommission (POtAS) und das dort verankerte Attributensystem eben nicht für eine Medaillenmaximierung. Weiterhin sei von Beginn an durch das BMI und den DOSB deutlich gemacht worden, dass ein Transparenzportal zur staatlichen Spitzensportförderung eingerichtet werde. Die Bekämpfung von Korruption, Doping und Spiel-/Wettmanipulation im Sport sei von der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen in den letzten Jahren weiterentwickelt und gefördert worden.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, dass auch sie bei der Umsetzung der Reform des Leistungssports und der Spitzensportförderung die Athletinnen und Athleten im Mittelpunkt sehe. Daher könne eine alleinige Fokussierung auf Medaillenmaximierung nicht Ziel der Reform sein, sondern die Rahmenbedingungen für die Sportlerinnen und Sportler sowie Trainerinnen und Trainer seien nachhaltig zu verbessern. Darüber hinaus fordere die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag die Bundesregierung auf, sich für einen „glaubwürdigen strukturellen und personellen Neuanfang in den Organisationen und Verbänden des Sports“ einzusetzen. Der Hintergrund ihrer Forderung liege in den zurückliegenden Doping-, Korruptions- und Manipulationsfällen des internationalen Sports. Die Fraktion der SPD habe sich als Teil der Bundesregierung mehrfach zu den Fällen im internationalen Sport geäußert und den Sport auf seine Vorbildfunktion und die mangelnde Glaubwürdigkeit hingewiesen. Der Deutsche Olympische Sportbund habe sich mit seinen Spitzenverbänden mehrfach gegen Doping, Korruption und Manipulation ausgesprochen und entsprechende Maßnahmen ergriffen. Einen personellen Wechsel in den internationalen Organisationen zu fordern, um falsches Verhalten zu unterbinden, sei nicht Aufgabe der Bundesregierung.

Die **Fraktion DIE LINKE** erklärte, sie unterstütze das Anliegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass das Konzept zur Spitzensportreform grundlegend überarbeitet werden müsse. Kritik und Forderung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entsprächen in großen Teilen denen der Sportpolitikerinnen und Sportpolitiker der Linksfraktionen in Bund und Ländern aus dem November 2016. Damals habe DIE LINKE. gefordert, Athletinnen und Athleten und Trainerinnen und Trainer in den Mittelpunkt einer Reform zu stellen. Eine Neustrukturierung des Spitzensports könne nur unter Einbeziehung von Schul- und Breitensport gelingen. Dazu brauche es aus linker Sicht dringend eine gesellschaftliche Debatte zur Bedeutung des Sports insgesamt. Die Verhandlungen zwischen DOSB und BMI hätten weitestgehend hinter verschlossenen Türen stattgefunden. Die Kritik in der öffentlichen

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Anhörung im Oktober 2016 sei nur bedingt in das Papier eingeflossen. Insofern konkretisierten die Forderungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einige der unverbindlichen Formulierungen des Konzepts zumindest ansatzweise. Allerdings fänden sich in diesem auch Antrag recht unkonkrete Maßnahmen, deren Umsetzung fraglich zu sein scheine. Einige der eingebrachten Forderungen überschritten mit Blick auf die stets eingeforderte „Autonomie des Sports“ die Kompetenzen der staatlichen Akteure deutlich. Da DIE LINKE. den Sport als Staatsziel im Grundgesetz verankern wolle und endlich ein entsprechendes Sportfördergesetz einfordere, seien aber auch diese Punkte zustimmungsfähig. Auf jeden Fall entspreche die Hauptforderung, das Konzept zur Neustrukturierung des Spitzensports grundlegend zu überarbeiten, dem Anliegen der Sportpolitikerinnen und Sportpolitiker der LINKEN. Die künftige staatliche Sportförderung müsse neben den Belangen des Spitzensports ausdrücklich auch den Breitensport bedienen und transparent gestaltet werden.

Die antragstellende **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begründete ihre Vorlage mit der Notwendigkeit einer Positionierung auch durch die im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen. Die Spitzensportreform sei nicht nur durch den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), die Bundesregierung und die Sportministerkonferenz der Länder (SMK) zu gestalten, sondern auch der Deutsche Bundestag müsse sich einbringen. Eine Spitzensportreform müsse inhaltlich auch die Breitensportentwicklung in Deutschland voranbringen, z.B. durch eine zu entwickelnde „Gesamtkonzeption Sportentwicklung“. Man fordere die Einrichtung eines Transparenzportals, um die finanzielle Förderung darzustellen. Darüber hinaus müssten die Rechte von Athleteninnen und Athleten wirklich in den Mittelpunkt der Reform gestellt werden. Schließlich sehe man weiterhin nur einen sauberen Spitzensport als grundsätzlich förderungswürdig mit Steuergeldern an. Der Kampf gegen Gefahren und Fehlentwicklungen im Sport wie Doping, Korruption, Manipulationen und sexualisierte Gewalt sei im Potenzialanalysesystem (PotAS) bisher nicht genügend gewichtet worden. Daher fordere man weiter eine grundlegende Überarbeitung der Pläne zur Spitzensportreform.

Berlin, den 31. Mai 2017

Dr. Frank Steffel
Berichterstatter

Michaela Engelmeier
Berichterstatterin

Dr. André Hahn
Berichterstatter

Özcan Mutlu
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.